Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags aber nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Zeilen) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Aufgabe empfehlenswerter, schriftlicher keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Strapazir-Beinkleider
für **Knaben** und **Jünglinge.**
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader-Kaffee!
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Kaulbach-Strasse 18.

TAPETEN.
A. Böhmer & Co.
(früher Mohr & Menzel)
Amalienstrasse, Ecke Serrestr. 2. part. u. I. Et.
Fabrik: Zeughausplatz 4. Filiale: Reichenberg i. Böhmen.

MATTONI'S GIESSHÜBLER SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Anton Müller, Buchbindermeister
Lüttichaustr. 19 **DRESDEN** Lüttichaustr. 19
Specialität:
Massen-Arbeiten.
Bestellung prompt. Preise billig.
Fernsprecher Amt III, Nr. 3717.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt
Otto Büttner.
Galvanisches Laboratorium für Vernickelung, Verkupferung, Vermessingung, Versilberung, Vergoldung, Bronciren, Oxydiren aller Metallgegenstände. Force-Abtheilung: **Vernickelung von Fahrrädern, Maschinentheilen und Schlittschuhen.**
Falkenstrasse 1—3.
Fernsprecher Amt I, 1606.

Nr. 25. Spiegel: Aussöhnung zwischen Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Sellnerversammlung, Wurthballenunbeständige, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Liedertafel-Concert. **Donnerstag, 25. Januar.**

Für die Monate Februar und März
werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Die Hoffnung, die im September vor. J. bei der Kunde der denkwürdigen Depesche Kaiser Wilhelms von dem Manöverfelde bei Gütins im deutschen Volke erweckt wurde, ist nun in Erfüllung gegangen. Vom Fels zum Meere leuchtet heute in allen treuen deutschen Augen das hehre Bild, das den Träger der Kaiserkrone an der Seite des Helden zeigt, der diese Kaiserkrone geschmiedet hat. Nicht um einen neuen Annäherungsversuch hat es sich in der Entsendung des kaiserlichen Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh gehandelt, sondern der vollständige Friedensschluß zwischen Kaiser und Kanzler ist zur Thatsache geworden, die durch das Wiedersehen im Berliner Kaiserschlosse, dessen Schwelle Fürst Bismarck seit dem 20. März 1890 nicht mehr überschritten hat, die erhebende Weihe erhalten soll. Die Gunzer Kaiser-Depesche war der Ausfluß eines rein menschlichen Mitgefühls, das durch die schwere Erkrankung des greisen Staatsmannes wachgerufen worden war. Der kaiserliche Schritt aber, der heute einen so begeisterten Wiederhall in der Brust des deutschen Patrioten, selbst bei den Demokraten von vornehmer Gesinnungsart, findet, ist mehr als ein momentaner Impuls rein persönlicher Theilnahme; er ist dem nunmehr festgewurzelten Herzensbedürfnisse Kaiser Wilhelms entsprungen, die Bahn zwischen Berlin und Friedrichsruh freizumachen und zu ebnen, damit wieder das Verhältniß zwischen dem monarchischen Oberhaupte des Deutschen Reiches und dessen Wertmeister so hergestellt werden kann, wie es dem innigsten Wunsche der Nation entspricht. In diesem Sinne hat der nationale Held im Sachsenwalde den kaiserlichen Gnadenbeweis aufgefaßt. Daher hat er die Hand, die ihm sein Fürst zum zweiten Male dargeboten hat, in dankbarer Ehrerbietung ergriffen. Der eiserne Kanzler ist allezeit ein so treu ergebener Diener des Hohenzollernhauses geblieben, daß er stets abgewehrt hat, wenn von einer „Versöhnung" mit dem Kaiser gesprochen wurde. Versöhnung, pflegte er zu sagen, ist nicht das richtige Wort. Er sei in Ungnade gefallen und in des Kaisers Hand liege es, die Ungnade von ihm wegzunehmen. Das ist jetzt geschehen. Nichts steht mehr einer persönlichen Begegnung, dem Wiedersehen des deutschen Kaisers und seines treuesten Rathgebers im Wege.

Ob und welche politischen Folgen für die weitere Entwickelung der Reichsangelegenheiten der Ausgleich der Differenzen, die zwischen Berlin und Friedrichsruh bestanden haben, nach sich ziehen wird, ist vorläufig mit Bestimmtheit nicht vorauszusagen. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß dieser Ausgleich gerade in einem Augenblicke, wo die Verworrenheit der innerpolitischen Lage ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint, wo die Unklarheit in der ganzen Situation so weit gediehen ist, daß eine Wandlung, eine Klärung für unausbleiblich angesehen werden muß. Die sogenannte „Versöhnung" zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten Bismarck fällt in eine so überaus kritische Zeit, daß das Aufhören der Entfremdung zwischen dem monarchischen Führer des Reiches und dem Vertreter des alten Kurses an und für sich ein politisches Ereigniß ersten Ranges bilden muß, das nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in der allernächsten Zukunft bleiben kann. Für den größten und für den besseren Theil des deutschen Volkes ist ein wesentlicher Grund der nationalen Verstimmung und Beunruhigung beseitigt. Eine Scheidewand ist niedergerissen, welche die nationalen Parteien hinderte, zu den Vertretern der jetzigen Regierung mit dem rechten Vertrauen emporzublicken. Seit nunmehr vier Jahren haben wir unablässig und zielbewußt auf die unheilvolle Verdunkelung des nationalen Bewußtseins, die seit der Entlassung des Fürsten Bismarck eingetreten ist und zuziehends die lautere Freude und den hoffnungsfreudigen Willen am Vaterlande getrübt und gelähmt hat, hingewiesen. Immer wieder haben wir mit bitteren Empfindungen auf die bedenklichen Folgen aufmerksam gemacht, die der Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler, die klaffende Kluft zwischen einer glorreichen Vergangenheit und der Gegenwart nicht blos für den nationalen, sondern auch für den monarchischen Gedanken zeitigen mußte. Ohne Rückhalt sei es eingestanden, mit stoischer Genugthuung sehen wir heute unseren beharrlich wiederholten nationalen Wunsch nach Beseitigung dieses unseligen Konfliktes zur Erfüllung gebracht. Mit Freimuth haben die „Dresdner Nachrichten" in jener trüben Zeit, als sich so viele frühere Anhänger von dem in Ungnade gefallenen Fürsten Bismarck zurückzogen, den Glauben an den deutschen Eckehart laut bekannt. Neben den „Hamburger Nachrichten" wurden wir als Bismarckblatt nicht nur von sozialdemokratischer, freisinniger und ultramontaner Seite verhöhnt und verspottet; auch konservative Blätter wendeten sich in schulmeisterlichem Tone gegen das „Treiben" der „Dresdner Nachrichten" und der „Kladderadatsch" brachte eine lächerliche bildliche Darstellung des Interviews, welches einer unserer Redakteure im Juli 1890 mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh hatte. Das Alles hat unsere Treue nicht ins Wanken gebracht. Wir hatten das unerschütterliche Bewußtsein, daß wir mit unserem Festhalten an Bismarck der wahren deutschen Gesinnung entsprachen. Zu größter Genugthuung gereicht es uns daher, daß diese unsere Erkenntniß, die im Stillen auch in fürstlichen wie regierenden Kreisen getheilt wurde, endlich zu thatkräftigem Durchbruch gelangt ist. Wir können daher auch nicht die Vermuthung abwehren, daß die schwebende Krisis ihre Lösung in einer Annäherung an die gesunde, erprobte Nationalpolitik des alten Kurses finden wird.

Als ein Anzeichen einer nahen Umkehr konnte die freundliche Aufnahme gedeutet werden, welche dem Grafen Herbert Bismarck in diesen Tagen im Kaiserschlosse zu Theil geworden ist. Daß der Sohn des großen Kanzlers der Einladung zum Ordensfeste zum ersten Male seit seinem Rücktritte Folge geleistet hat, ist sicherlich ein charakteristisches Moment der Sachlage, ohne daß man damit sogleich kühne Kombinationen zu verknüpfen braucht. Auch sonst bieten die Ereignisse der letzten Zeit Symptome dafür, daß sich allmählich ein Umschwung in der inneren Politik anbahne. Die aggressiven Aktionen der Agrarier des Reichstages und die planmäßigen Vorstöße der Konservativen des preußischen Landtages, die neuerdings einen starken Rückhalt von oben her gefunden haben dürften, die theilweise Kapitulation des Grafen Caprivi vor dem Ansinnen seiner Gegner, das gleichzeitige weitgehende Entgegenkommen der preußischen Minister den Letzteren gegenüber, die oppositionelle Reichstagsrede des württembergischen Premierministers, des treuen Freundes des alten Kanzlers, die auffällige Zurückhaltung des jetzigen Reichskanzlers in den letzten Tagen: das Alles sind Vorgänge, die auf einen inneren Zusammenhang nach der Richtung einer sich anbahnenden Wandlung schließen lassen. Besonders giebt der Fall Mittnacht zu denken. Von verschiedenen Seiten wird das Vorgehen des süddeutschen Staatsmannes, dessen unwandelbare nationale Gesinnung über jeden Zweifel erhaben dasteht, durch die Annahme einer tiefen Mißstimmung über die heutige Reichspolitik erklärt. Herr v. Mittnacht, heißt es, sei nur Einer; aber hinter ihm ständen Minister anderer deutscher Staaten, die mit ihm Eines Sinnes seien. Nicht Partikularismus sei es, was sie bewege, sondern die Sorge um das Wohl des Reiches. Vielleicht hat man sich in Berlin angesichts solcher Strömungen nicht mehr länger der Einsicht verschließen können, daß es so nicht weiter geht, daß Wandel geschaffen werden muß.

Wie dem auch sein möge, ob der Aussöhnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Altreichskanzler eine unmittelbare aktuelle politische Tragweite beizumessen ist oder nicht: in allen Fällen bedeutet der Friedensschluß zwischen Berlin und Friedrichsruh eine Stärkung des nationalen Gedankens im inneren Leben des Volkes wie dem Auslande gegenüber. Es ist bezeichnend, daß das bloße Gerücht von der Versöhnung von der Berliner Börse auf allen Gebieten mit einer Hausse begrüßt wurde, die Anfangs sogar einen stürmischen Charakter zeigte. In der That ist die Verwirklichung des Wortes, das Fürst Bismarck nach seiner Entlassung ausgesprochen haben soll: Le roi me reverra! ein unschätzbarer Gewinn für unsere nationale Machtstellung, der zugleich auch einen Aufschwung des gesammten deutschen Geschäftslebens bewirken kann. In goldnen Strahlen leuchtet wieder die Sonne des Glückes über dem Deutschen Reiche, seit dem Kaiser unser Bismarck wiedergegeben ist!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung Anträge, betreffend die Berufsvereine und die Abänderung des Reichstagswahl-Gesetzes. Das Haus ist noch schwächer besetzt als an den Vortagen. Betreffs der Berufsvereine liegen vom Centrum und von den Freisinnigen beantragte Gesetzentwürfe vor, die schon den letzten Reichstag beschäftigten, aber nicht zur Verabschiedung gelangten. Die Entwürfe bezwecken, den Berufsvereinen durch Eintragung die Korporationsrechte zu gewähren. — Abg. Spahn (Centrum) begründet den Centrumsentwurf. Er bittet, die Anträge ohne vorherige Kommissionsberathung anzunehmen. — Abg. Rickert (freis. Ver.) schließt sich diesem Wunsche an. — Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.): Es handelt sich hier nur um die Gewerkvereine und um die Organisation des Arbeiterstandes. Wir haben aber keinen Anlaß, uns die Errungenschaften der englischen Arbeiterbewegung anzueignen. Die englischen Gewerkschaftsvereine bezweckten weniger die Hebung des Standesbewußtseins, als die Führung des Klassenkampfes, und sie doch auch bei dem Bergarbeiterstreik vertragsbrüchig geworden. Für das Wohl der Arbeiter läßt sich auf Grund der bestehenden Organisation genug thun. Die Erfahrungen mit dem Stickereiverbande in St. Gallen, der sich auflösen mußte, obwohl er Minimallöhne und Normalarbeitstag in die Hauptindustrie eingeführt hatte, beweisen, daß man von den Berufsvereinen für das Arbeiterwohl nicht viel zu erwarten hat. Wir sehen deshalb keinen Grund zur Annahme des Antrags, widersetzen uns aber einer Kommissionsberathung nicht. — Abg. Legien (soz.): Der Antrag habe mit der sozialdemokratischen Bewegung nichts zu thun. Der englische Bergarbeiterstreik war durch eine Lohnherabsetzung um 25 Proz. verschuldet, die den Arbeitern aufgezwungen werden sollte. Die Organisation der Arbeiter auf Grund der sozialen Versicherungsgesetze nütze den Arbeitern sehr wenig. Hier handelt es sich um Vereinigungen, durch welche die Arbeiter auf Besserung ihrer Lebensbedingungen hinwirken könnten. Unsere Arbeitgeber wollen eben dem Arbeiter nicht das Recht zuerkennen, bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages mitzuwirken. In England haben die Arbeiter dieses Recht nach schweren Kämpfen errungen, und in Deutschland wird es auch dahin kommen; dazu werden die Berufsvereine beitragen. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) entnimmt aus den Ausführungen des Vorredners die Bestätigung, daß die Berufsvereine auf jeden Fall von den Sozialdemokraten für ihre Agitationsgeschäfte ausgenützt werden würden, womit dem Antrage das Urtheil gesprochen sei. Die Arbeiter fühlen sich übrigens selbst unter dem System der Gewerkvereine nicht wohl. Bei den englischen Gewerkvereinen dürfen sie keinen Schritt selbstständig thun. Die unfreiesten Arbeiter sind gerade die Sozialdemokraten. Die Festsetzung des Lohnes kann dem Arbeiter nicht überlassen werden, weil dieser die Verhältnisse des Marktes zu wenig kennt. Jede Stärkung der Fachvereine ist eine Stärkung der Sozialdemokratie. Vorliegende Anträge sind nur annehmbar unter der Voraussetzung des Schutzes der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokraten entweder durch besondere Gesetze oder durch Verschärfung des Strafgesetzbuches, ferner unter der Voraussetzung des Schutzes der freien Arbeiter gegen Zwang von Seiten organisirter Genossen. Ich glaube nicht, daß sich der Bundesrath soweit vergessen wird, die Anträge anzunehmen. — Abg. Schneider-Nordhausen (freis. Volksp.) spricht für die Anträge. Gerade dadurch, daß beiden Theilen Gelegenheit gegeben wird, durch Vertrauensmänner sich zu verständigen, hoffen wir dem Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu dienen. Hier handelt es sich um deutsche Arbeiter, denen man das Recht zur Organisation umsoweniger verweigern kann, als die Arbeitgeber jederzeit in der Lage sind, ohne belästigende Polizeivorschriften sich zu vereinigen. — Abg. Möller (nl.) spricht sich aus nationalen Gründen, wie Abg. Frhr. v. Stumm, gegen die Anträge aus. An der Organisation des Kampfes der Arbeiter gegen die Arbeitgeber würde unsere Kultur scheitern. Die Herren, die aus bloßer Theorie heraus die Anträge befürworten, scheuen sich der Konsequenz derselben. — Abg. Molkenbuhr (soz.) tritt für die Anträge ein, die dem Terrorismus der Arbeitgebervereine einen Damm entgegensetzen würden. — Nachdem die Abg. Spahn (Centr.) und Dr. Meyer (freis. Ver.) im Schlußwort für die Anträge eingetreten sind, werden dieselben an eine Kommission verwiesen. — Präsident v. Levetzow theilt das Ableben des früheren Bureaudirektors des Reichstages Geheimrath Happel mit. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. — Morgen: Abzahlungsgeschäfte. Novelle des Invalidenfondsgesetzes.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die erste Berathung des Etats fort. Abg. v. Kröcher (kons.) vertritt die Forderung der Landwirthschaft dem Abg. Rickert gegenüber. — Abg. v. Ennern (nl.) empfiehlt die Beschaffung der nöthigen Rohmaterialien für die Betriebsverwaltungen im Inlande und tritt entschieden für die Finanzreform im Reiche ein. Er tadelt den Bureaukratismus bei der Einkommensteuer, bestreitet einen Nothstand der Landwirthschaft in dem behaupteten Umfange, spricht sich aber sympathisch über die Einrichtungen der Landwirthschaftskammern aus und wendet sich schließlich gegen den Bimetallismus. — Abg. v. Kardorff (freikons.) heißt gleichfalls auf das Zustandekommen der Steuerreform und erörtert schließlich die Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Silberwährung. — Abg. Dr. Lieber (Centr.) erklärt die Hoffnung des Finanzministers auf schließliche Zustimmung des Centrums zur Reichssteuerreform, nach den Erfahrungen, die das Centrum bei der preußischen Steuer- und Wahlrechtsreform gemacht hat, nur kühn, betont aber gleichzeitig die Nothwendigkeit der Beschaffung neuer Mittel zur Verhinderung des Anwachsens der Matrikularbeiträge sowie zur Beendigung der Schuldenwirthschaft im Reiche und der Aufrechterhaltung der Frankensteinschen Klausel. — Finanzminister Miquel legt dar, daß der jetzige Zeitpunkt für die Reform nicht versäumt werden dürfe, da der Mehrbedarf im Reiche von Jahr zu Jahr und damit auch die Anforderungen an die Einzelstaaten steigen. Die Quellen der finanziellen Bedrängniß im Reich müssen verstopft werden, wenn wir anders nicht zu Zuschlägen zu einer Einkommensteuer kommen sollen. — Abg. Dr. Arendt (freikons.) meint, die Regierung werde gut thun, dem Centrum auf die Liebenschen Aeußerungen keine Konzessionen zu machen. — Abg. Richter bestreitet das Vorhandensein eines wirklichen Defizits, da aus den die Einnahme übersteigenden Ausgaben Grundstücke gekauft und verbessert und Schulden getilgt wurden; ziehe man die betreffenden Beträge ab, so ergebe sich ein Ueberschuß von 9 Millionen. — Nachdem noch Finanzminister Miquel für die Steuerreform eingetreten ist, wird die Debatte geschlossen und die hauptsächlichsten Theile des Etats an die Budgetkommission verwiesen. Morgen: Interpellation der Konservativen betr. Abschluß künftiger Handelsverträge.

Berlin. Der Kaiser hat ein zweites Handschreiben an den Fürsten Bismarck gesandt, in welchem er seiner Freude über die bevorstehende Ankunft des Fürsten Ausdruck giebt und ihm sogleich die besten Parterräume des Königl. Schlosses zur Verfügung stellt. Nach den bisher eingetroffenen Meldungen wird Bismarck schon am Freitag Mittag um 1 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof hier eintreffen und voraussichtlich vom Kaiser selbst empfangen werden, jedoch nur bis Abends hier bleiben, um womöglich dem Festtrubel aus dem Wege zu gehen. Es ist jedoch durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Fürst noch über den Sonnabend hinaus als Gast im Königl. Schlosse bleibt. Im ersten Handschreiben des Kaisers war dem Wunsche des Kaisers, den Fürsten hier zu sehen, noch durch die Bemerkung besonderer Nachdruck gegeben, daß es den Monarchen schmerzlich berühren würde, wenn er an seinem Jubiläum Militärjubiläum den Mann vermissen solle, der am meisten mitgewirkt habe, das Schwert Preußens und Deutschlands zu schleifen. — Graf Herbert Bismarck hat für heute zur großen Hof-Cour eine Einladung erhalten und wird derselben Folge leisten. — Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Der Kaiser hatte schon an Weihnachten einen neuen Schritt des Entgegenkommens in Erwägung gezogen, am Sonntag nach dem Ordensfeste ist er dann beschlossen und der Flügeladjutant nach Friedrichsruh entsendet worden. In der Presse wird viel darüber geschrieben, ob die Anwesenheit des Grafen Herbert Bismarck beim Ordensfest, der bei demselben das erste Mal seit 1890 erschienen war, mit dem Entschluß des Kaisers in Zusammenhang stand. Unmittelbar jedenfalls nicht, denn Graf Bismarck war ebenso wie alle anderen in Berlin anwesenden inaktiven Staatsminister geladen und der Kaiser hatte ihn, obgleich er in der Nähe des Grafen sich lange Zeit unterhielt, nicht angesprochen. Mittelbar mag der Anblick des Sohnes des großen Staatsmannes jedoch dazu beigetragen haben, den seit Weihnachten erwogenen Entschluß zur Reife zu bringen. — In der Angelegenheit des Denkmals Kaiser Wilhelms I. scheint ein Ausgleich in den bestehenden Meinungsverschiedenheiten näher gerückt zu sein. Wie es heißt, hat der Kaiser erklärt, daß er durchaus nicht an allen Einzelheiten des bisherigen Planes festhalte. Auch eine Aenderung bezüglich der Platzfrage scheint nicht völlig ausgeschlossen.

Berlin. Der König von Sachsen trifft am Freitag um 1 Uhr 43 Min. Nachmittags hier ein, Prinz Friedrich August von Sachsen wird von Groß-Lichterfeld kommen und im Laufe des Freitags Nachmittag hier erwartet; Beide nehmen im Schlosse Wohnung. — Auf der Tagesordnung der kommenden Bundesrathssitzung steht das Handelsprovisorium mit Spanien und der Gesetzentwurf betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege, sowie das Gesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. — Der Journalist Reuß, der am Dienstag in der Nothstands-Debatte des Reichstags vom Abg. Singer als Polizeispitzel bezeichnet worden war, erklärt in der Presse die Behauptung für eine verächtliche Verleumdung, die er längst als Lüge gebrandmarkt habe. Bezüglich des von Singer so genannten Radischen-Attentats erklärte Reuß, daß er an dem betr. Tage brieflich aufgefordert worden sei, im Reichskanzlerpalais zu erscheinen und von den dort empfangenen Mittheilungen Gebrauch gemacht habe.

Berlin. Die Nachricht, daß der Kaiser gegenüber einem Mitgliede der konservativen Partei geäußert, er stehe in der Frage des russischen Handelsvertrags hinter dem Grafen Caprivi, wird von der „Freis. Ztg." dahin ergänzt, daß dieses Mitglied der Unterstaatssekretär von Elsaß-Lothringen Herr v. Köller war. Der Kaiser habe, anknüpfend an diese Aeußerung, noch bemerkt, er werde an seinem verfassungsmäßigen Recht unbedingt festhalten, und die Konservativen möchten nicht glauben, daß er sich von ihnen einen Reichskanzler aufdrängen lassen werde. — Der Kaiser soll von seiner Absicht, den Flügeladjutanten Grafen Moltke an den Fürsten Bismarck zu entsenden, dem Reichskanzler Grafen Caprivi und dem Staatssekretär v. Marschall vorher Mittheilung gemacht haben. — Das deutsch-spanische Handelsprovisorium ist bis Ende März verlängert worden.

München. Der Antrag des Centrums auf Abstellung des Duellwesens wurde gegen die Stimmen der Liberalen angenommen. Der Kriegsminister hatte vorher erklärt: Wenn ein Landwehrbezirkskommando die Belassung eines Offizier-Aspiranten in der Liste von der vorherigen Erklärung abhängig mache, daß der Betreffende sich gegebenen Falls duellieren werde, so geschehe dies nicht auf Grund einer bestehenden Vorschrift, sondern aus eigener Initiative.

Belgrad. Das neue Kabinet stellt sich heute der Skupschtina vor, worauf dieselbe geschlossen wird. Sie wird indeß nicht aufgelöst. Die neue Session soll auf den 1. November anberaumt werden.

Washington. Das Repräsentantenhaus lehnte die Unterantrage ab, wonach der Zoll auf Kohlen von 40 bis 75 Cents pro Tonne festgesetzt werden soll. Die Niederlage der Demokraten, welche den Kohlen- und Zuckerzoll befürworteten, dürfte die Bewegung zu Gunsten nachmaliger Ueberweisung der Tarifvorlage an die Kommission stärken.

Rio de Janeiro. General Gama soll gestern die Vermittelung des nordamerikanischen Generals nachgesucht haben. Die Aufständischen leiden Mangel an Lebensmitteln. Das Gelbfieber nimmt zu.

Pfund's vereinigte (telefonische) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankgeschäft. Dresden-Altstadt, Pirnaischer Platz 7. Produkten-Futterung.